

Versorgung stärken. Patientenzentrierte Primärversorgung umsetzen.

Deutschland verfügt über eines der leistungsfähigsten und solidarischsten Gesundheitssysteme der Welt. Die SPD-Bundestagsfraktion ist jedoch überzeugt, dass dieses System effizienter werden und sich noch stärker an den Bedürfnissen der Menschen ausrichten muss. Gute Gesundheitsversorgung darf nicht von Sektorengrenzen, Zuständigkeiten oder wirtschaftlichen Interessen ausgebremst werden. Sie muss für alle Menschen gleichermaßen barrierefrei zugänglich sein – unabhängig von Wohnort, ob Stadt oder Land, Einkommen oder Bildungsstand.

Deshalb setzen wir uns konsequent für die notwendigen Strukturreformen ein. Nur so können wir die Patientenversorgung in unserem Land für alle Bürgerinnen und Bürger nachhaltig verbessern und zukunftsfest machen. Gemeinsam mit unserem Koalitionspartner haben wir bereits zentrale Reformvorhaben auf den Weg gebracht. Dazu gehört die Krankenhausreform, die Apothekenreform und die Reform der Notfallversorgung sowie die Digitalisierung des Gesundheitswesens.

Damit diese Transformation gelingen kann, war zunächst ein Gesetz zur Konsolidierung erforderlich, um die finanzielle Lage der gesetzlichen Krankenversicherung zu stabilisieren. Mit dem GKV-Beitragssatzstabilisierungsgesetz konnten wir weitere Beitragssatzsteigerung für Arbeitnehmer und Arbeitgeber vermeiden. Zugleich war für uns klar, dass dieses Gesetz nur eine kurzfristige Lösung sein kann. Wir verfolgen die Auswirkungen auf die Versorgung aufmerksam und werden dort, wo es erforderlich ist, nachsteuern.

Die SPD-Bundestagsfraktion richtet ihren Fokus nun auf die strukturelle Einführung eines modernen Primärversorgungssystems in Deutschland. Das heißt für uns konkret:

- Schneller und garantierter barrierefreier Zugang zu Terminen
- Bedarfsgerechte Unterstützung und Leitung der Patientinnen und Patienten durch das Gesundheitssystem
- Effektive Koordination der Behandlung aller Leistungserbringenden innerhalb eines Versorgungsnetzwerkes

Das Primärversorgungssystem der Zukunft garantiert Patientinnen und Patienten dabei weiter die freie Arztwahl von Haus- und Kinderarztpraxen als niedrigschwellige erste Anlaufstelle in unserem Gesundheitssystem.

Viele Menschen erleben die ambulante Versorgung als unübersichtlich oder fühlen sich mit ihren gesundheitlichen Problemen im Gesundheitssystem unzureichend orientiert. Herausforderungen sind

insbesondere der direkte und barrierefreie Zugang zur richtigen Versorgungsebene, eine bessere Koordination und Kommunikation der Behandelnden oder auch die Übergänge an den Versorgungsgrenzen. Besonders für Menschen mit chronischen Erkrankungen, Behinderungen, psychischen Belastungen oder Mehrfacherkrankungen stellt das heutige System vor große Herausforderungen. Hinzu kommt, dass die Qualität der Versorgung nicht selten vom sozioökonomischen Status und der individuellen Gesundheitskompetenz abhängt.

Die Patientinnen und Patienten sind heute die Leidtragenden der entstehenden Über-, Unter- und Fehlversorgung. Die Ursachen liegen in der Architektur des Systems mit fragmentierten Zuständigkeiten, zu knapp angebotenen Kapazitäten und daraus resultierenden ineffektiven Behandlungspfaden. Zu oft entscheiden nicht der Behandlungsbedarf, sondern Kenntnisse, Ressourcen und Durchsetzungsfähigkeit der Angehörigen, ob schwer erkrankte Patientinnen und Patienten oder Menschen mit Behinderung die notwendige und qualitativ hochwertige medizinische Versorgung erhalten, die unser Gesundheitssystem zu bieten hat.

Dieser Zustand ist für die SPD-Bundestagsfraktion untragbar.

Die SPD-Bundestagsfraktion will die ambulante Versorgung daher zu einer patientenzentrierten Primärversorgung weiterentwickeln. Die Gesundheitsversorgung soll dabei medizinisch adäquat, qualitativ hochwertig, barrierefrei, sozial gerecht und flächendeckend zugänglich ausgestaltet sein. Ein nach unseren Vorstellungen patientenzentriertes Primärversorgungssystem muss klare Regelungen des Erstkontaktes, die zeitliche und personelle Kontinuität sowie Anleitung im System garantieren. Eine umfassende Versorgung heißt für uns: Körperliche, psychische und soziale Aspekte werden berücksichtigt und miteinander verbunden. Zudem müssen Behandlungsabläufe sowie die Zusammenarbeit zwischen den diversen Leistungserbringern innerhalb des Gesundheitssystems besser miteinander koordiniert werden. Für die SPD-Bundestagsfraktion ist das Gesundheitssystem von morgen kein Nebeneinander einzelner Leistungserbringer, sondern ein Miteinander auf Augenhöhe. Gute Versorgung entsteht dort, wo Ärztinnen und Ärzte, Pflegekräfte sowie Gesundheitsfachberufe als Team zusammenarbeiten. Die im Folgenden genannten Maßnahmen müssen im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel erbracht werden.

Unser Primärversorgungsmodell

Die Hausarztpraxis und die Kinderarztpraxis stellt für die meisten Menschen die Grund- und Regelversorgung im ambulanten Kontext sicher. Die SPD-Bundestagsfraktion will diese zu primärversorgenden Praxen weiterentwickeln. Dazu gilt es die Rahmenbedingungen für Haus- und Kinderärzt:innen attraktiv zu gestalten und sie insbesondere auch institutionell weiter zu stärken. Deren Praxen müssen in Zukunft neben dem digitalen Versorgungsweg ein zentraler erster Anlaufpunkt für Patientinnen und Patienten bei gesundheitlichen Problemen sein, aber auch die Koordination der gesamten Behandlung übernehmen. Dazu müssen sie sicherstellen, dass eine umfassende Versorgung erfolgt und die Anschluss- oder Weiterversorgung im fachärztlichen Kontext oder durch andere Leistungserbringer zeitnah gelingt. Sie bieten Präventionsorientierung und vereinbaren gemeinsam mit Patientinnen und Patienten Behandlungsziele. Dazu erhält die primärversorgende Praxis die Gesamtverantwortung für den Behandlungspfad der Patientinnen und Patienten.

Darüber hinaus wollen wir die Interprofessionalität innerhalb des Praxiskontextes ausbauen. Qualifizierte Gesundheitsfachberufe, wie Pflegekräfte, Medizinische Fachangestellte und Physician Assistants, müssen innerhalb eines klaren gesetzlichen Rahmens mehr Kompetenzen und Aufgaben übernehmen können. In zahlreichen Versorgungsbereichen sind Tätigkeiten mit reinem Arztvorbehalt auf dem Rückzug. Dazu zählen insbesondere Verlaufsbetreuungen, Präventionsleistungen und Aufgaben der Nachsorge. Gerade für immobile und anderweitig ortsgebundene Patientinnen und Patienten muss die Versorgung dort stattfinden, wo sie benötigt wird. Deshalb wollen wir Hausbesuche künftig verstärkt auch qualifizierten Gesundheitsfachberufen übertragen und damit ihre Kompetenzen besser in die Versorgung einbinden.

Auch außerhalb der primärversorgenden Praxis wollen wir die Kompetenzen unterschiedlicher Gesundheitsberufe heben und diese stärker auf eine niedrigschwellige, aber qualitätsgesicherte Patientenversorgung ausrichten. Von Standesdünkel geprägte Debatten, wer Patientinnen und Patienten konkret versorgen darf, müssen der Vergangenheit angehören. Für die SPD-Bundestagsfraktion ist klar: Die Kompetenzen und die Expertise der unterschiedlichen Gesundheitsberufe müssen im Interesse der Patientinnen und Patienten bestmöglich genutzt werden. Die primärversorgende Praxis soll als zentrale Koordinationsstelle in einem multiprofessionellen Netzwerk agieren. Sie arbeitet eng mit Fachärztinnen und Fachärzten, Apothekerinnen und Apothekern, Pflegefachpersonen, Ergo- und Physiotherapeutinnen und -therapeuten, weiteren Gesundheitsberufen sowie bei Bedarf auch mit Sozialdiensten zusammen. Ziel ist eine Versorgung aus einer Hand, bei der die unterschiedlichen Kompetenzen der Gesundheitsberufe bestmöglich zum Wohl der Patientinnen und Patienten genutzt werden.

Strukturierter Zugang für Patientinnen und Patienten

Patientinnen und Patienten müssen jederzeit die Möglichkeit haben, ihre frei gewählte primärversorgende Praxis aufzusuchen. Für die SPD-Bundestagsfraktion gilt: Für Jede:n der passende und barrierefreie Zugang. Digitale Ersteinschätzungsformate müssen als eigenständiger und gleichwertiger Zugangsweg fest im Primärversorgungssystem verankert werden.

Den ebenfalls barrierefreien Zugang zur Sekundärversorgung wollen wir mit den Ergebnissen der strukturierten Ersteinschätzung durch die primärversorgende Praxis oder digitale Ersteinschätzungsverfahren verbinden. Die digitalen Ersteinschätzungsverfahren müssen dabei auf Grundlage gemeinsam von Krankenkassen und Ärzteschaft entwickelter und abgestimmter Algorithmen erfolgen. Dabei muss der tatsächliche Bedarf eines Patienten über die Dringlichkeit eines Termins entscheiden. Für die SPD-Bundestagsfraktion ist dabei klar: Der Behandlungsbedarf eines Patienten oder einer Patientin ist ausschlaggebend, nicht der Versichertenstatus.

An geeigneter Stelle muss der Direktzugang in die fachärztliche Versorgung gewährleistet bleiben. Dazu zählen insbesondere die Gynäkologie, Augenheilkunde und die Psychotherapie bzw. die Psychiatrie. Auch wollen wir den Direktzugang zur Physiotherapie und anderen Gesundheitsberufen prüfen.

Für laufende fachärztliche Behandlungen, seltene Erkrankungen und spezifisch schwere chronische Erkrankungen sowie für Menschen mit Behinderung müssen praktikable Ausnahmeregelungen, wie Jahresüberweisungen oder klar definierte Direktzugänge, etabliert werden. Ebenso müssen gesetzliche Vorsorgeuntersuchungen im fachärztlichen Kontext ohne Hürde also barrierefrei erreichbar sein. Hier muss der Informationsfluss zur primärversorgenden Praxis gewährleistet sein.

Finanzielle Sanktionen oder Praxisgebühren für Patientinnen und Patienten lehnt die SPD-Bundestagsfraktion ab. Gleichzeitig ist auch klar, dass ein Primärversorgungssystem nur funktionieren kann, wenn die Teilnahme an der Primärversorgung mit konkreten Vorteilen für Patientinnen und Patienten verbunden ist: schnellere Termine, bessere Koordination und insbesondere eine spürbare Verbesserung der Versorgung.

Gerade in ländlichen und strukturschwachen Regionen stehen wir vor der Herausforderung, dass die flächendeckende Versorgung gefährdet oder sogar teilweise nicht mehr sichergestellt ist. Daher wollen wir prüfen, wie der medizinische Bedarf für eine flächendeckende Primärversorgung nachhaltig organisiert und langfristig sichergestellt werden kann.

Termingarantie in der vertragsärztlichen Versorgung

Die SPD-Bundestagsfraktion will, die mit unserem Koalitionspartner fest vereinbarte Termingarantie für Patientinnen und Patienten in der ambulanten Versorgung, konsequent umsetzen. Grundsätzlich soll im Rahmen der Primärversorgung innerhalb von drei Wochen ein Termin beim Facharzt in zumutbarer Entfernung vermittelt werden; entscheidend ist der Behandlungsbedarf. Bei medizinischer Dringlichkeit muss

es selbstverständlich deutlich schneller gehen. Routinemäßige Kontrolluntersuchungen können auch länger warten. Dazu wollen wir die gesetzlichen Rahmenbedingungen schärfen und den gesetzlichen Anspruch von Patientinnen und Patienten auf zeitnahe Versorgung stärken.

Für den Fall, dass gesetzlich Versicherten fristgemäß kein zumutbarer Termin bei einem niedergelassenen Vertragsarzt vermittelt werden kann, ist ihnen innerhalb der o.g. drei Wochenfrist ein ambulanter Termin in einem zugelassenen Krankenhaus mit entsprechender Fachabteilung anzubieten. Für diesen Fall ist insbesondere auch zu prüfen, ob die Abrechnung der ambulanten Krankenhausbehandlung zu Lasten der vertragsärztlichen Gesamtvergütung direkt mit der gesetzlichen Krankenkasse des Versicherten erfolgen sollte.

Die Terminservicestellen wollen wir als unabhängiges digitales Serviceangebot für gesetzlich Versicherte stärken und bekannter machen. Die Vermittlung von Terminen in der vertragsärztlichen Versorgung gehört für uns eindeutig in die Hände der Selbstverwaltung und wir fordern, dass zugelassene Vertragsärzte der Terminservicestelle freie Terminkapazitäten tagesaktuell in Echtzeit-Daten digital zur Verfügung stellen müssen.

Ausblick

Unser Ziel als SPD-Bundestagsfraktion ist klar: Nicht die Patientinnen und Patienten müssen sich allein im Gesundheitssystem zurechtfinden, sondern das Gesundheitssystem muss sich an den Bedürfnissen der Patientinnen und Patienten ausrichten. Dafür wollen wir klare Wege, schnellere und barrierefreie Zugänge und eine verlässliche Versorgung für alle schaffen. Kosteneinsparungen durch diesen Umbau des Systems sind gerade nicht unser Ziel.

Eine derart große Reform kann nicht von heute auf morgen gelingen, sondern muss in logischen, aufeinander abgestimmten Schritten erfolgen, die regelmäßig evaluiert werden. Wichtig ist, dass sich alle Akteure konstruktiv beteiligen und wir uns jetzt endlich auf den Weg machen.